



# *Brucker Gemeindebrief*

## *380 KV Leitung - Stand der Planungen Bericht des Bürgermeisters*

Um weitere Diskussionen über die Haltung der Brucker Gemeindevertreter zu vermeiden, darf ich Ihnen den neuen Beschluss der Gemeindevertretung vom 24. April 2007 bekannt geben.

Der Beschluss der Gemeindevertretung vom 11. Juli 2006 wird wie folgt erneuert und ergänzt:

\* Die Planungen sind mit der Gemeinde Bruck/GGlstr. abzustimmen.

\* Durch die 380 kV-Freileitung dürfen keine bebauten Gebiete überspannt werden.

\* Die ideale Leitungsführung aus Sicht der Gemeinde Bruck/GGlstr. ist auf der Südseite (Schattseite), wodurch eine Querung des Salzachtales entfällt.

\* Die Leitung soll in mittelhoher Lage mit einem Mindestabstand von 250 m zu bebauten Gebieten geführt werden.

\* Die Querung des Fuschertales sollte so weit wie möglich Richtung Süden verlegt und verkabelt werden.

\* Eine Reduzierung der bestehenden Leitungen (110 kV/220 kV) durch Zusammenführung der Leitungen ist anzustreben.

\* Die derzeit zur Prüfung anstehende Trassenführung wird von der Gemeinde Bruck abgelehnt.

\* Der Verbund wird ersucht, die

durchzuführende „Erkabel-Studie“ abzuwarten. Für die Gemeinde Bruck hat die Durchführung einer Verkabelung höchste Priorität.

GR Ing. Herbert Niedermühlbacher (Bediensteter des Verbundes - daher befangen) verlässt vor der Abstimmung die Sitzung.

Beschluss: Über Antrag von Bürgermeister Herbert Reisinger wird der vorstehende gemeinsam formulierte Antrag einstimmig beschlossen.

In Ergänzung zu vorstehendem Beschluss wurde mein Antrag, alle bestehenden 220/110 kV Leitungen des Verbundes und der Salzburg Energie nach Inbetriebnahme der 380 kV Leitung abzubauen, ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

Für die von der Gemeinde ebenfalls gewünschte Zusammenlegung der 110 kV ÖBB-Leitungen soll nach Vorlage des Kabelgutachtens des Landes Salzburg eine Lösung gesucht werden.

Weiters wurde in dieser Sitzung von mir nochmals klargestellt, dass vor Zustimmung der Gemeinde für eine Leitungstrasse, egal in welcher Bauart, die betroffene Bevöl-

kerung umfassend informiert wird. Die künftige Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiative und der Gemeindevertretung wurde in einer Besprechung neu festgelegt.

Die beschlossene Arbeitsgruppe soll die Informationen und die Pressearbeit auf eine gemeinsame Plattform konzentrieren.

Der Bürgermeister  
*Herbert Reisinger*

